

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lieber Josep,

I.

COVID-19 hat die Welt und unsere Gesellschaften auf beispiellose Weise getroffen, mit massiven Folgen für die Gegenwart, aber auch für die kommenden Jahre. Mehr denn je müssen wir jetzt das mit Leben erfüllen, was den Kern unserer Europäischen Union ausmacht: zuverlässige gegenseitige Solidarität und ein klares Bekenntnis zu unseren gemeinsamen europäischen Werten.

Kaum eine Organisation ist besser gerüstet, um auf eine solch facettenreiche Krise zu reagieren, als die EU mit ihren vielen verschiedenen Werkzeugen. Unsere Reaktionen auf die COVID-19-Krise haben gezeigt, dass wir, auch wenn es noch Verbesserungspotenzial gibt, entschlossen waren, die gewaltigen Herausforderungen gemeinsam als Union anzugehen. Unsere Streitkräfte waren maßgeblich an der Bewältigung der Herausforderungen beteiligt, sowohl in Europa als auch außerhalb. Schon jetzt führen die Folgen der Pandemie zu einer Verschärfung bestehender Krisen und Konflikte, zu einer weiteren Schwächung fragiler Staaten und zu einer weiteren Belastung von bereits heute unter Druck stehenden Systemen und Regionen.

Sicherheit und Verteidigung müssen deshalb weiter einen hohen Stellenwert behalten. Wir wollen unserer Verantwortung gerecht werden und in der Lage sein, aktuellen und zukünftigen Herausforderungen begegnen zu können, gleich ob in unseren Ländern oder im Ausland. Deshalb ist es entscheidend, dass wir unsere Fähigkeit, als Union unabhängig zu handeln und zu reagieren, im Geiste der Solidarität und gegenseitigen Hilfeleistung erhalten, stärken und weiterentwickeln – wo und wann immer dies notwendig ist. Die Ausweitung unserer Handlungsfreiheit und die Entwicklung notwendiger Fähigkeiten sind von größter Bedeutung. Das bedeutet, dass wir die Instrumente und Verfahren, die wir im Verlauf der letzten vier Jahre eingeführt haben, im strategischen und operationellen Bereich sowie in dem der Fähigkeitsentwicklung stärken und vertiefen müssen.

Wir, die Verteidigungsministerinnen und Verteidigungsminister von Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien, bekennen uns zu unserem Weg einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung. Die Pandemie zeigt uns, dass wir unsere Bemühungen deutlich intensivieren und nach einer im internationalen Umfeld stärker integrierten, effektiveren und handlungsfähigeren Europäischen Union streben müssen.

II.

1. Stärkung der Solidarität und Resilienz der EU und ihrer Mitgliedstaaten

Der primäre Auftrag der Streitkräfte der Mitgliedstaaten und ihrer Fähigkeiten ist die kontinuierliche Einsatzbereitschaft im Angesicht jeder möglichen Bedrohung. Während der COVID-19-Pandemie haben sich die verfügbaren Verteidigungsfähigkeiten auch bei der Unterstützung ziviler Krisenbewältigungsmechanismen bewährt. Deshalb sollten wir unsere Beiträge zu den bereits laufenden Überlegungen zu einem ambitionierteren und weitreichenderen Krisenmanagementsystem in der EU intensivieren. Der Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ, engl. PESCO) könnte auch mobilisiert werden, vor allem im Zusammenhang mit bestehenden PESCO-Projekten, die weiter ausgebaut werden könnten.

Eine weitere Lehre, die wir gemeinsam gezogen haben, ist die Bedeutung von solidarischem, europäischem Handeln und Reagieren bei Krisen. Ein in diesem Zusammenhang wichtiger Arbeitsstrang wird die Umsetzung von Artikel 42.7 des Vertrags über die Europäische Union sein.

Regelmäßige szenariobasierte Diskussionen, Planspiele und Übungen¹ könnten dabei helfen, eine gemeinsame Sichtweise auf die möglichen Bedrohungen zu entwickeln und den politischen Austausch zwischen unseren Regierungen ergänzen. Diese Arbeiten können mit den Überlegungen zu einer Aktivierung von Artikel 222 des Vertrags über die Funktionsweise der Europäischen Union verbunden werden.

Ergänzend müssen wir auch unsere Fähigkeit zu Bekämpfung von hybriden, Desinformations- und Cyberangriffen deutlich steigern. Dazu gehört die Verbesserung der Kommunikationsnetzwerke der europäischen Institutionen und der Mitgliedstaaten, genauso wie eine Stärkung ihrer Cyber-Interoperabilität, Sicherheit und Resilienz, wie vom Europäischen Rat im Juni 2019 gefordert. Insbesondere muss es besser möglich werden, in einer eingestuftten Umgebung kommunizieren zu können.

Weiterhin müssen wir in Zusammenarbeit mit der NATO und anderen Institutionen unsere strategische Kommunikation gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern und Partnern stärken und eine gemeinsame Strategie erarbeiten, um feindlichen und/oder falschen Narrativen entgegenzuwirken. Dazu gehört es auch, gelebte europäische Solidarität sichtbarer zu machen.

2. Stärkung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit als zentralem Rahmen für europäische Verteidigungszusammenarbeit

Die PESCO ist der wichtigste Rahmen für Verteidigungszusammenarbeit auf europäischer Ebene. Die Strategische Überprüfung der PESCO im Jahr 2020 bietet eine wichtige Gelegenheit, bereits Erreichtes zu reflektieren, und zu bestimmen, wo noch mehr getan werden muss. In der zweiten Phase der PESCO (2021 - 2025) gilt es nun zu liefern, d.h. sowohl Zusagen einzulösen als auch Projekte umzusetzen, insbesondere solche mit Bezug zu militärischen Operationen, wo signifikanter Fortschritt vonnöten ist.

Dafür sollten wir uns auf die Umsetzung der 20 verbindlicheren Verpflichtungen konzentrieren, insbesondere auf die operativen Verpflichtungen und auf solche, die in Zusammenhang mit der verteidigungstechnologischen und -industriellen Basis Europas (EDTIB) stehen. Die jährlichen nationalen Umsetzungspläne sollten das zentrale Instrument für die Auswertung bleiben und auf der politischen Ebene umgesetzt werden, unter Gewährleistung einer angemessenen Detailgenauigkeit der zur Verfügung stehenden Informationen. Überlegungen zu möglichen Anreizen für eine vollständige Umsetzung unserer Verpflichtungen sollten weiter verfolgt werden.

Der Auswahlprozess für neue sowie die Bewertung aktueller Projekte muss in enger Abstimmung mit den Mitgliedstaaten überarbeitet und geschärft werden. CARD (Koordinierte Jährliche Überprüfung der Verteidigung) und die Auswahlverfahren für die PESCO-Projekte müssen aneinander ausgerichtet sein, gleichzeitig sollte es aber auch möglich sein, Projekte jedes Jahr außerplanmäßig einzureichen. Es müssen höchste Qualitätsstandards gelten. Projekte sollten sichtbar und kurzfristig operative Ergebnisse bringen, um zu den militärischen Zielvorgaben der GSVP beizutragen. Synergien zwischen Projekten sollten wo immer möglich genutzt werden. Projekte, die nicht die erwünschten Erfolge liefern, sollten, bei uneingeschränkter Berücksichtigung der Entscheidungshoheit jedes Projekts, entweder erneuert oder eingestellt werden. Geeignete PESCO-Fähigkeitsprojekte können eine erste Vorschau auf Projekte im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds (EVF, engl. EDF) darstellen und sollten, falls sie gemäß aller geltenden EVF-Vorschriften und -Verfahren ausgewählt würden, vom EVF-Bonus profitieren, um so eine ehrgeizige Ständige Strukturierte Zusammenarbeit zu verwirklichen.

Die immer noch offene Frage der Beteiligung von Drittstaaten an PESCO-Projekten muss so schnell wie möglich geklärt werden. Der aktuelle Vorschlag der finnischen Ratspräsidentschaft sollte unsere

¹ Solche Planübungen sollten alle denkbaren Worst-Case-Szenarien einer Krise abbilden.

gemeinsame Einigung darstellen. Dieser ausgewogene Kompromiss ist im Interesse aller teilnehmenden Mitgliedstaaten und möglicher Partner. Wir unterstützen ausdrücklich die Bemühungen der kroatischen Ratspräsidentschaft, denjenigen Mitgliedstaaten, die den Vorschlag ablehnen, die richtigen Erklärungen und Zusicherungen bezüglich ihrer Interessen im Bereich der Sicherheit und Verteidigung zukommen zu lassen.

3. Reduzierung unserer kritischen Abhängigkeiten, Stärkung der verteidigungstechnologischen und -industriellen Basis Europas und Verbesserung unserer Fähigkeiten

Die aktuelle COVID-19-Krise verdeutlicht die Notwendigkeit eines stärkeren Europas, das Schlüsseltechnologien und Produktionsfähigkeiten selbst steuert, auch im militärischen Bereich. Nach der neuen Industriestrategie für Europa bedeutet dies eine Reduzierung von Abhängigkeiten, das Filtern ausländischer Direktinvestitionen, die Unterstützung disruptiver Technologien, die Stärkung von Synergien zwischen Rüstungs- und zivilen Industrien und eine bessere Nutzung von Finanzinstrumenten. Wenn wir Europas industrielle, technologische und digitale Souveränität weiter ausbauen wollen, müssen wir unsere Wirtschaftspolitik noch stärker mit unseren Sicherheitsinteressen verzahnen.

Der EVF ist wegweisend für die Finanzierung und Förderung von wehrtechnischer Forschung und Fähigkeitsentwicklung, die unsere Handlungsfähigkeit und unsere Fähigkeit zur Bewältigung zukünftiger militärischer Krisen und globaler Bedrohungen stärken sollen. Wir befürworten deshalb ein ehrgeiziges EVF-Budget als Priorität im Verteidigungsbereich und eine schnelle Verabschiedung der EVF-Verordnung, unter umfassender Beachtung der Debatten zum Mehrjährigen Finanzrahmen. Der Europäische Verteidigungsfonds wird einen Beitrag zur Unterstützung der europäischen Wirtschaft und der EDTIB leisten, vor allem der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Anreize für Zusammenarbeit zu schaffen bedeutet, Synergien zu nutzen und Ressourcen effizienter zu verteilen.

Die Rolle der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA, engl. EDA) muss die einer zentralen Plattform für Zusammenarbeit bleiben, um weitere Kooperation im Bereich Verteidigung zu fördern und zur Stärkung der EDTIB beizutragen.

Außerdem sollten wir dafür sorgen, dass der erste offizielle CARD-Zyklus dieses Jahr kritische Bereiche aufzeigt, in denen die Europäer gemeinsame Fähigkeiten entwickeln sollten.

Mit Blick auf unser gemeinsames Streitkräftedispositiv, das *Single Set of Forces*, sollten wir unsere Verteidigungsfähigkeiten strategisch planen und entwickeln, damit wir echte operative Ergebnisse erzielen und unsere Ziele im Rahmen der GSVP und in den europäischen Operationen und Missionen erreichen können – und damit einen Beitrag zur europäischen Verteidigung leisten. Aus diesem Grund sollte innerhalb der Ratsstrukturen unter Berücksichtigung der militärischen Expertise eine politische Weisung abgestimmt werden. Dabei sollte auch weiterhin auf Kohärenz der Fähigkeitsprozesse von EU und NATO geachtet werden.

4. Strategischer Kompass: Der Weg zu einem tieferen gemeinsamen Verständnis von Bedrohungen und Herausforderungen und der Umgang mit ihnen

Wir sind der Überzeugung, dass wir ein tieferes, gemeinsames strategisches Verständnis davon erlangen müssen, was wir als Europäer im Bereich Sicherheit und Verteidigung können wollen. Aus diesem Grund haben wir die Entwicklung eines „Strategischen Kompasses“ angestoßen, der die in der Globalen Strategie der EU definierten Zielvorgaben detaillierter darlegt und umsetzt. Dieser strategische Dialog soll auf einer globalen und umfassenden Analyse und Einordnung der gemeinsamen Bedrohungen und Herausforderungen auf EU-Ebene aufbauen, die in der zweiten Hälfte des Jahres 2020 veröffentlicht werden und Hand in Hand gehen mit der geplanten Arbeit an der Solidarität im Verteidigungsbereich.

Dieser Strategische Kompass wird unsere Fähigkeit stärken, schnell und entschieden zu handeln, sobald europäisches Handeln erforderlich werden wird. Er könnte zudem einen Beitrag zur Schaffung einer gemeinsamen strategischen Kultur darstellen, in deren Rahmen unterschiedliche nationale Sichtweisen zusammengebracht und aneinander angenähert werden könnten, selbstverständlich in Ergänzung zur NATO. Zudem wird er Transparenz bringen und dazu beitragen, dass die Bürgerinnen und Bürger Europas sowie unsere Partner ein klares Verständnis von den Zielen der EU und ihren Zielvorgaben im Bereich Sicherheit und Verteidigung erlangen. Insgesamt wird der Strategische Kompass die europäische Verteidigung effektiver machen und zu einem „souveräneren“ Europa im Bereich von Sicherheit und Verteidigung beitragen.

Die Arbeit an bereits existierenden Verteidigungsinitiativen sollte fortgeführt werden, um so den Prozess der Diskussion und Entwicklung des Strategischen Kompasses zu bereichern, und umgekehrt.

5. Stärkung unseres Engagements für Operationen und Missionen

Es sollte weiterhin unsere oberste Priorität bleiben, unsere Fähigkeiten zum Schutz und zur Verteidigung unserer Bürgerinnen und Bürger, unserer Interessen und Werte zu stärken, und gleichzeitig unsere Partner zu unterstützen.

Aufbauend auf unseren umfassenden Erfahrungen in zahlreichen EU-Missionen und -Operationen der vergangenen Jahre sowie der durch unser Engagement in der Sahelzone aufgekommenen Dynamik, beispielsweise durch EUTM Mali oder den Start von EUNAVFOR MED IRINI, sollten wir eine militärische GSVP verstetigen. Dies könnte von der Befehlsstruktur über die Umsetzung im Einsatz bis hin zur Stärkung der Resilienz von GSVP-Missionen und -Operationen reichen. Darin liegt der Schlüssel für die Sicherheit unserer Streitkräfte und unsere Glaubwürdigkeit.

Zudem sollten wir auch das Thema Truppengestellung angehen, insbesondere, indem wir diese Themen regelmäßiger auf politischer Ebene wieder aufgreifen, mit dem Ziel, eine zufriedenstellende Beteiligung aller Mitgliedsstaaten zu erreichen, die ihren jeweiligen finanziellen und operativen Rahmenbedingungen Rechnung trägt.

Die Stärkung der Europäischen Führungsstrukturen (EU C2) ist wesentlich, um die Bedrohungen und Herausforderungen anzugehen, mit denen wir konfrontiert sind. In der aktuellen Lage ist zweifellos eine fundierte militärische Expertise in der EU gefordert, die im EU-Militärstab (EUMS) vertreten ist. Der EUMS sollte befähigt sein, neue Herausforderungen und Aufträge anzunehmen, und vollumfänglich für das Spektrum aus Einsatz - Konzept - Fähigkeitsentwicklung verantwortlich sein. Darüber hinaus sollte der EUMS auch dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee, dem EU-Militärausschuss und den EU-Organen Zuarbeit leisten. In diesem Zusammenhang unterstützen wir die schrittweise Befähigung des militärischen Planungs- und Führungsstabs (MPCC), die in einer anstehenden Überprüfung weiter ausdefiniert werden soll. Der MPCC sollte unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus der aktuellen COVID-19-Krise weiterentwickelt werden. Zudem sollte er für die Planung und Durchführung aller militärischen Missionen der EU ohne Exekutivbefugnisse und zweier militärischer Missionen mit Exekutivbefugnissen zuständig sein. Darüber hinaus sollten die Europäischen Führungsstrukturen im Hinblick darauf überprüft werden, ob sie für die gesamte operative Bandbreite an Zielvorgaben der EU geeignet sind.

Die Europäische Friedensfazilität sollte ab Januar 2021 verfügbar gemacht werden, damit wir unseren Partnern die gesamte Bandbreite der von ihnen für ihre Streitkräfte benötigten militärischen Ausrüstung zur Verfügung stellen können, wir solide finanzielle Mechanismen zur Deckung der gemeinsamen Kosten von Operationen und Missionen der GSVP haben und die geografische Einschränkung der Afrikanischen Friedensfazilität überwinden können, sollte der Rat dies für

notwendig erachten. So wird unsere Unterstützung für unsere Partner noch effektiver und erhöht unsere Glaubwürdigkeit, auch angesichts zukünftiger großer Krisenlagen wie COVID-19.

Als globaler Sicherheitsgarant spielt die EU eine starke Rolle, auch im Bereich maritime Sicherheit. Das Konzept der „koordinierten Marinepräsenzen“ sollte umgehend mit einem Pilotprojekt im Golf von Guinea erprobt werden, bevor eine Ausweitung des Konzepts auf andere Regionen in Betracht gezogen wird.

In Kombination mit anderen EU-Instrumenten werden diese Werkzeuge den integrierten Ansatz der EU unterstützen.

6. Stärkere Kohärenz von EU-Werkzeugen

Nur, wenn die EU-Verteidigungsinitiativen kohärent sind, kann sichergestellt werden, dass diese sich gegenseitig befördern und verstärken, um so ihr volles Potenzial zu entfalten. Aufbauend auf den Berichten des Hohen Vertreters, insbesondere dem Bericht dieses Jahres, sollten wir mehr Synergieeffekte erzielen und eine gute Balance zwischen GSVP, anderen EU-Instrumenten und -Maßnahmen sowie zwischenstaatlichen Verteidigungsinitiativen erzielen. Eines der Ziele des Strategischen Kompasses sollte darin bestehen, die Zielsetzung und die Konsistenz europäischen Handelns im Bereich Sicherheit und Verteidigung zu verbessern. Insbesondere sollten wir in Betracht ziehen, die nächste Überarbeitung des EU-Fähigkeitsentwicklungsplans (CDP) erst nach einem neuen Fortschrittskatalog im Jahr 2022 und der Arbeit am Strategischen Kompass durchzuführen, sofern dies sachdienlich ist. Der Fähigkeitsentwicklungsplan muss ein ergebnisorientiertes Werkzeug mit starkem Weisungscharakter und politischer Unterstützung bleiben.

Darüber hinaus sollten wir die Koordination zwischen EU-Institutionen (dem EAD sowie dem EU-Militärstab, der Kommission und insbesondere der EVA) verbessern, damit diese ihre Fachexpertise einbringen können, um den Entscheidungsfindungsprozess und die Fähigkeitsentwicklung in der EU effektiver, effizienter und umfassender zu gestalten.

7. Zusammenarbeit mit der NATO und den Partnern

Starke und transparente Partnerschaften sind für unser Handeln von größter Bedeutung. Die COVID-19-Krise hat uns erneut vor Augen geführt, wie wichtig enge Abstimmung zwischen der EU und ihren Partnern ist, insbesondere mit der NATO, um auf gemeinsame Herausforderungen effektiv reagieren zu können.

Die NATO bleibt der Eckpfeiler der kollektiven Verteidigung. Aus diesem Grund sind wir weiterhin einer Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO verpflichtet und möchten Wege finden, um die Kooperation zwischen EU und NATO zu festigen. Dies bleibt der Grundstein für unsere Sicherheit und baut auf den beiden gemeinsamen Erklärungen von EU und NATO auf. Wir sollten reflektieren und erörtern, wie die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO substanzieller gestaltet werden kann.

Die Zusammenarbeit mit anderen Partnerorganisationen im Bereich Sicherheit und Verteidigung, besonders mit den Vereinten Nationen, sowie mit Partnerländern, sollten wir unter Berücksichtigung der Entscheidungshoheit der EU ebenfalls voranbringen.

III.

Dies ist unsere Vorstellung von den nächsten Schritten, um die europäische Verteidigung zu stärken.

Die COVID-19-Krise hat gezeigt, dass die Sicherheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger wahrhaftig eine globale Herausforderung darstellt, die mehr Solidarität, mehr Resilienz und mehr

Souveränität erfordert. Dafür braucht es starke und wirksame Instrumente, solide Prozesse und pragmatische und kohärente Foren für Zusammenarbeit. In diesem Prozess spielt eine starke europäische Verteidigung eine zentrale Rolle. Gute Kommunikation nach außen ist unabdingbar, um unseren Bürgerinnen und Bürgern die Bedeutung dessen zu vermitteln.

Mehr denn je müssen wir heute die erforderlichen Mittel in unsere Verteidigung investieren, sowohl national als auch auf EU-Ebene, und unsere Krisenreaktionsfähigkeit für die Zukunft verbessern. Dies wird auch unsere Glaubwürdigkeit als NATO-Partner und innerhalb anderer Bündnisse erhöhen.

Die aktuelle Pandemiekrise – eine Katastrophe, der Tausende Menschen zum Opfer fallen – sollte die EU an ihre Prioritäten erinnern. Und diese sollten wir gemeinsam umsetzen.

Wir freuen uns sehr darauf, diese Gedanken bald mit allen EU-Kolleginnen und -Kollegen beim kommenden Verteidigungsministertreffen zu diskutieren.